Antony Black

Der verborgene Ursprung der Theorie des Gesellschaftsvertrages:

Die in der Entwicklung befindliche Sprache des Contractus
und der Societas

Dieser Aufsatz versucht, einen Beitrag zu den Erklärungen der steigenden Bedeutung der Theorien eines Gesellschaftsvertrages in unserer Betrachtungsweise des Phänomens „Staat“ zu leisten. Unter Gesellschaftsvertrag verstehe ich hierbei die Auffassung, daß sich menschliche Institutionen auf der Grundlage einer Vereinbarung mit ihren Untertanen in bezug auf bestimmte Aufgaben etablieren. Ihre Legitimität hängt von der Erfüllung dieser bestimmten Aufgaben ab sowie davon, daß sich diese Vereinbarungen mit Hilfe von etablierten Verfahren durchsetzen lassen, wie man auch einem privatrechtlichen Vertrag Geltung verschaffen würde. Mit Betrachtungsweise (*mentalité*) meine ich hier nicht nur von Philosophen vertretene Theorien, sondern einigermaßen weit verbreitete Sichtweisen der politischen Klassen.

Man sollte annehmen, daß keine neuen Erklärungen notwendig sind, da Feudalismus und Calvinismus, wie auch die politischen Ideen, die von Cicero (*De Officiis* II,12) und Augustinus überliefert wurden, die weite Verbreitung gesellschaftsvertraglicher politischer Anschauungen im Frankreich und den Niederlanden des späten 16. Jahrhunderts und im Großbritannien und Nordamerika des 17. Jahrhunderts hinreichend erklären. Diese Annahme ist jedoch mit Problemen behaftet. Wenn Feudalismus wirklich einer der Ursprünge dieser Theorien war, warum entwickelte sich die politische Ethik des Gesellschaftsvertrages erst zu diesem Zeitpunkt und nicht schon viel früher? Es stimmt zwar, daß es schon bemerkenswerte Aussagen über das Konzept des Gesellschaftsvertrages von mittelalterlichen Philosophen gibt, insbesondere von Mangold von Lautenbach¹, diese sind jedoch selten und verstreut. Mit Sicherheit wurde weithin vorausgesetzt, daß Herrscher stark an ihren Amtseid, inklusive des Krönungseides, gebunden waren, wie auch an die Vereinbarungen mit den großen Vasallen und ihren Verträgen mit „souveränen“ Mächten. Marc Bloch beschrieb den Einfluß des Lehenssystems mit den folgenden Worten: „transferred, as was inevitable, to the political sphere ... this idea was to have far-reaching influence“².

¹ Cambridge History of Medieval Political Thought, hrsg. v. J. H. Burns (Cambridge 1988) 246–7.

² Marc Bloch, *Feudal Society* (London 1961) 451; vgl. auch Cambridge History 210.

Das Feudalsystem beinhaltete die Grundidee des Vertrages insofern, als es genaue Definitionen für das Verhältnis zwischen Anführer und Gefolge, Herren und Knechten, König und Baronen lieferte: Verpflichtungen wurden unter genau definierten Bedingungen eingegangen. Zusätzlich war der Feudalsprache eigen, daß Untertanen von ihrer Gefolgschaft befreit werden konnten, falls gegen diese Bedingungen verstoßen wurde. Somit schuf der Feudalismus ein soziales Milieu und Präzedenzfälle für bedingte Verträge zwischen Herrschern und Untertanen. Andererseits bestanden sowohl Krönungseide wie auch das Feudalsystem aus spezifischen Handlungen zwischen einzelnen Personen und stellten zu keiner Zeit eine generelle Theorie der Rolle und der Ausmaße des Staates dar. Dieser Mangel an genereller politischer Überzeugung kam am deutlichsten im Konziliarismus zum Vorschein, dessen Vertreter jede Disziplin und alle noch so verborgenen mittelalterlichen Prinzipien so lange durchstößten, bis sie Argumente für ein Herrscher-Untertan-Verhältnis ähnlich dem gefunden hatten, welches Vertragstheoretiker später vertraten; aber obwohl sie viele hochentwickelte Ideen hervorgebracht haben, haben sie kaum auf einen Vertrag der Gesellschaft oder des Staates verwiesen und haben in diesem Zusammenhang keine generelle Theorie entwickelt, wie sie das im Fall der Volkssouveränität³ getan hatten. Diese Tatsache an sich verlangt nach einer Erklärung.

Das Argument des Ursprungs im Calvinismus ist schwerer zu widerlegen; es mag sogar teilweise unwiderlegbar sein. Die Verbreitung des Calvinismus fiel sowohl zeitlich wie auch räumlich mehr oder weniger mit der Verbreitung der Theorien eines Gesellschaftsvertrages unter den politischen Klassen zusammen. Es ist wahr, daß es vereinzelte Erscheinungen der Philosophie eines Gesellschaftsvertrages unter den spanischen Neo-Scholastikern⁴ gab. Diese waren jedoch, wie auch ihre Darstellungen einer modifizierten Volkssouveränität, Ausdruck ihrer kulturellen Isolation, die zu keinem Zeitpunkt von den politischen Klassen in Spanien oder der katholischen Welt des späten 16. und 17. Jahrhunderts unterstützt wurden.

Mit Bezug auf Cicero und Augustinus ist festzustellen, daß ihre Aussagen, die politische Gesellschaft habe ihren Ursprung in gegenseitigen Vereinbarungen, nicht notwendigerweise darauf hinauslaufen, daß politische Autorität von gegenwärtiger Zustimmung abhängig ist. Dies wird besonders klar in Augustinus' Vorstellung vom *pactum generale* unter den Menschen *obedire regibus*. Dieselben Kriterien gelten auch für jene politischen Denker des späten 13. und 14. Jahrhunderts, für die Gesellschaft und Staat (*societas civilis* oder *politica*) ihren Ursprung sowohl in der Natur wie auch in der Kunst hatten, wobei Einverständnis und Vereinbarungen Bestandteile des letzteren waren⁵. In diesem Fall gilt das gleiche Argument wie in bezug auf den Einfluß des

³ Antony Black, *Council and Commune: The Council of Basle* (London 1979).

⁴ J. W. Gough, *The Social Contract* (Oxford 1957) 67–71; Bernice Hamilton, *Political Thought in Sixteenth-Century Spain* (Oxford 1963) 40–43; Quentin Skinner, *The Foundations of Modern Political Thought*, Bd. 2: *The Age of the Reformation* (Cambridge 1978) 159–66.

⁵ Mario D'Addio, *L'idea del contratto sociale dai Sofisti alla Riforma* (Milan 1954); M. Grignaschi, *Le problème du contrat social et de l'origine de la 'Civitas' dans la scolastique*, in: *Commission internationale pour l'histoire des assemblées d'états, Anciens pays et assemblées d'états* 22

Feudalismus: Die Ideologie des Gesellschaftsvertrages entwickelte sich erst erheblich später.

Der Vertrag als soziale Norm ist nahezu universal kulturell gültig. Er ist einfach die Fortentwicklung des Versprechens oder Eides zu einem zweiseitigen (aber nicht notwendigerweise gleichberechtigten) Verhältnis, in dem zwei Parteien sich gegenseitig gewisse Dinge versprechen. Er unterscheidet sich vom Versprechen oder Eid dahingehend, daß er bedingter Natur ist: die Erfüllung von x durch A wird davon abhängig gemacht, daß B y erfüllt. (Im römischen Recht basierten Kauf und Verkauf auf Verträgen.) Es ist bemerkenswert, daß der „Feudal“-eid zwischen Fürsten und Vasallen gleicher Natur war. Die Ideologien von Ergebenheit, Versprechen, Eid und Vertrag waren besonders stark und allgemeingültig in der prämodernen europäischen Kultur. Sie waren nicht nur in den feudalen Verhältnissen verankert, sondern auch in der Tradition der *commune* oder *Gemeinde* (Dorf, Stadt) und der Zünfte. In diesen Vereinigungen schworen sich die Mitglieder normalerweise einen gegenseitigen Eid; das Versprechen galt allen Mitgliedern und/oder der Obrigkeit gegenüber. Dieser Eid war üblicherweise eine Vorbedingung für Mitgliedschaft. (Seit Weber werden diese Institutionen des prämodernen Europas allgemein als *Eidgenossenschaften*⁶ bezeichnet.) Versprechen und Vertrag waren auch nicht weniger stark von der christlichen Ideologie sowohl des Alten wie auch des Neuen Testaments beeinflusst und durch sie gerechtfertigt: das Konzept *fides*, *fidelis*, *fidelitas* war übermächtig, da eine der grundlegendsten Bedingungen der christlichen Gemeinschaft *universitas fidelium* war. *Fides* beinhaltet sowohl Glaube im theologischen Sinne von fest verankertem Glauben, wie auch Loyalität im sozialen Sinne. All dies steigerte die Bedeutung von Loyalität als sozialem Wertbegriff in zwischenmenschlichen Beziehungen ungemein. Die weit verbreitete „*Secreta Secretorum*“ (im 13. Jahrhundert verfaßt und fälschlicherweise Aristoteles zugeschrieben) faßte dies in einer ausnehmend politischen Aussage zusammen: „*Scias itaque quod per fidem fit hominum congregatio, civitatum inhabitatio, virorum communio, regis dominatio; per fidem castra tenentur, civitates servantur, reges dominantur. Si quidem tollas fidem, cuncti homines ad statum pristinum revertentur, vid ad instar brutorum et similitudinem bestiarum. Cave tibi, rex fidelissime, infringere datam fidem et serva firmiter iuramenta tua et federa etsi sint gravia.*“⁷

Die Entwicklung des Vertrages im Verständnis der mittelalterlichen Juristen war, wie wir später sehen werden, bemerkenswert. Maine führte aus, daß die Theorie des Gesellschaftsvertrages „though nursed into importance by political passions, derived

Fortsetzung Fußnote von Seite 32

(1961) 65–85; Cary Nederman, Nature, sin and the origins of society: the Ciceronian tradition in medieval political thought, in: JHI 49 (1988) 3–26.

⁶ Zur jüngeren Forschung siehe Otto Gerbard Oexle in diesem Band sowie Gilden und Zünfte, hrsg. v. Bernd Schwineköper (Sigmaringen 1985).

⁷ Hrsg. R. Steele (Oxford 1920) 57 (mit Roger Bacons Anmerkungen). Bekannt auch unter dem Titel *Epistola ad Alexandrum de conservatione oder sanitate oder regimine principum*; dieses Werk wurde ins Englische, Italienische, Katalonische und Französische übersetzt; es gibt zahlreiche lateinische und andere Ausgaben in der Münchner Staatsbibliothek und The Bodleian Library, Oxford.

all its sap from the speculations of lawyers“⁸; dies war meiner Meinung nach eher eine geringschätzige philosophische Bewertung als eine historische. All dies führt zu dem Schluß, daß man jene Behauptungen mit Vorsicht behandeln muß, die darauf hinauslaufen, daß Völker vom Stadium der engen Gemeinschaft zu loseren vertraglichen Zusammenschlüssen „fortschreiten“. Vertragliche Zusammenschlüsse gehen nicht nur bis zum Herzen des europäischen Mittelalters zurück, sondern sind sogar noch viel älter⁹.

Eine weniger beachtete mögliche Quelle des gesellschaftsvertraglichen Denkens sind die Schriften der römischen Zivilrechtler und der Kirchenrechtler mit Bezug auf *pacta*, *conventus* und *contractus*. Zwischen dem 13. und dem 16. Jahrhundert und darüber hinaus gab es ungeheuer viel juristische Literatur zu diesen Themen, und im 15. Jahrhundert gab es eine Flut von Monographien *De Pactis*¹⁰. Verträge waren offensichtlich ein Bereich, der zahlreicher richterlicher Entscheidungen bedurfte. Im allgemeinen scheinen diese Juristen Vereinbarungen, die wir als „feudal“ bezeichnen würden, unter den gleichen Gesichtspunkten behandelt zu haben wie solche Vereinbarungen, die wir als „Handelsvereinbarungen“ bezeichnen würden. Ein Teil ihres Interesses entsprang wahrscheinlich den Änderungen, denen die feudalen Verhältnisse unterworfen waren, dem Übergang von Diensten zu Geldleistungen („entarteter Feudalismus“), wie auch den Versuchen der Fürsten, Lehen als widerrufliche Regierungsämter statt als erbliche Besitztümer zu behandeln („Zentralisation“). Gleichzeitig spiegelte sich in den juristischen Schriften die Notwendigkeit für eine kapitalistische Handelsgesellschaft wider. Die Juristen beschäftigten sich jedoch nicht ausschließlich mit einfachen Verträgen; sie beschäftigten sich außerdem mit Verträgen zwischen Herrschern und Untertanen.

Cino da Pistoia (1270–1336/7) beschreibt, wie Guido da Suzaria (gestorben ca. 1290) auf eine *quaestio* „Utrum, si imperator ineat aliqua pacta cum aliqua civitate vel barone, teneatur ea observare tam ipse quam eius successor“, bejahend antwortete mit der Begründung: „naturalia iura suadent pacta servari et fides etiam hostibus est servanda“¹¹.

Bartolus führte in dem selben Sinne aus: „Si imperator facit pactum cum aliqua civitate ... videtur quod non (tenetur servare) quia est solutus a legibus. Contrarium est veritas. Nam pacta sunt de iure gentium ... Iura gentium sunt immutabilia.“¹²

Abschließend sei darauf hingewiesen, daß Baldus bestätigte, daß, wenn der Kaiser oder König von Frankreich einen Herzog mit einem Lehen ausgestattet hatte, er dieses Lehen weder ihm noch seinen Nachkommen aberkennen konnte, außer im Fall

⁸ Sir Henry Maine, *Ancient Law*, chapter 9.

⁹ Antony Black, *Guilds and Civil Society in European Political Thought from the Twelfth Century to the Present* (London 1984); Patricia Springborg, *The contractual state: orientalism and despotism*, in: *History of Political Thought* 8 (1987) 395–433.

¹⁰ Vgl. Sir R. W. and A. J. Carlyle, *A History of Medieval Political Theory in the West*, Bd. 6 (Edinburgh 1950) 153–7; Walter Ullmann, *The Individual and Society in the Middle Ages* (London 1967) 83 n.

¹¹ Cino, ad Codex 1.14.4 (Frankfurt 1578) fol. 26r/a,n.7. Vgl. auch Cambridge History 461–2.

¹² Bartolus, ad Codex 1.14.4. Vgl. auch Albericus de Rosate in: *Tractatus Illustrium Iurisconsultorum* (TII) (Venice 1584) Bd. 11 (2), fol. 26v/a.

„propter convictam culpam vel feloniam“; und er führte weiter aus „Nec obstat quod imperator habeat plenitudinem potestatis, quia verum est quod deus subiecit ei leges sed non subiecit ei contractus, ex quibus obligatus est“¹³. Baldus machte eine wichtige Feststellung insofern, als er darauf hinwies, daß, obwohl Verträge normalerweise einen Nachfolger nicht binden, sie dies doch tun, wenn der Vertrag „ea quae sunt de natura vel consuetudine officii, sicut est infeudare“¹⁴ betrifft. Im 15. Jahrhundert entwickelte sich dies zur *sententia communis*, die gleichermaßen von bedeutenden und weniger bedeutenden Juristen entwickelt und ausgelegt wurde.

Aus diesen Auszügen wird klar, daß der Grundsatz der vertraglichen Verpflichtung des Fürsten sich sowohl auf die feudale Praxis generell wie auch auf die Beziehung zwischen dem Kaiser und den italienischen Städten bezog (wie z.B. im Frieden von Konstanz niedergelegt). Sie stellte somit gleichzeitig eine feudale wie eine bürgerliche Idee dar – eine Illustration dessen, wie bedeutungslos die Kategorien „feudal“ und „bourgeois“ sein können. Jason de Maino (1435–1519) machte diesen Punkt sehr deutlich, als er in Unterstützung der Meinung von Baldus ausführte: „si princeps in concessione feudi reciperet pretium, licet uteretur verbis ‚indulgemur‘, tamen cum sit venditio ... per consequens erit contractus irrevocabilis, et non habebit naturam feudi; immo non privabitur ex causis ex quibus alias vasalli privari solent“¹⁵. Das heißt: wenn Geld überreicht wurde, wurde die Investition zu einer Verkaufsaktion (egal, welche „Konzessions-Theorie“ in dem Dokument angeführt wurde).

Weitere Verfeinerungen wurden sowohl von Baldus wie auch von seinen Nachfolgern vorgenommen. Zuerst wurde all dies nicht nur auf den Kaiser angewandt, sondern auch auf den Papst (in diesem Fall weist Tudeschi darauf hin, daß Verträge *de iure divino*¹⁶ bindend seien) beziehungsweise generell auf alle Fürsten¹⁷. Die wichtigste Unterscheidung von allen war die zwischen „natürlicher“ Verpflichtung und „zivil-“ (staatsbürgerlicher) Verpflichtung. Auf der einen Seite war der Fürst durch Verträge gebunden, da diese direkt auf der natürlichen Verpflichtung basierten und nicht nur Vereinbarungen im Zivilrecht (positivem Recht) waren. (Baldus sagte zu Verträgen generell: „naturalis obligatio pendet a facto, i. e. consensu, civilis autem a iuris solennitate“¹⁸.) Auf der anderen Seite war diese Verpflichtung nicht nur eine moralische Verpflichtung; in diesem Fall hätte sie sich nicht von der von allen Juristen vertretenen Ansicht über die Verpflichtung des Fürsten, die Gesetze zu ehren, unterschieden. Dieser Punkt wurde von Franciscus de Accoltis (ca. 1418–1483) begründet: „princeps ob-

¹³ Baldus, Ad Feud. 1.7 (Pavia 1495), fol. 17v; Baldus ad Decretales 2.19.1 (Lyon 1551) fol. 238r, n.2. Siehe Joseph Canning, *The Political Thought of Baldus* (Cambridge 1987) 83–5.

¹⁴ Ad Digest 1.4.1.

¹⁵ In secundam Digesti veteris partem commentaria (Lyon 1540) fol. 136r, n.12–14.

¹⁶ Commentaria in V Decretalium libros, Bd. 1 (Venice 1571) fol. 19r, on X 1.2.1.

¹⁷ Der Plural ist explizit in: Martinus Garatis *de Laude*, De Principibus in TII Bd. 16, fols 204v–212r at fol. 211r (c. 454) (obwohl dieser zweitklassige Autor früher gesagt hatte „In omni pacto intelligitur excepta auctoritate principis“: fol. 208r, c.273); und ders., De confederatione, pace et conventionibus: TII Bd. 16, fol. 302r–v. Maino o. c. Anm. 15 sagte: „Hinc est quod imperator vel alius princeps, licet possint scribere contra leges et statuta, tamen non possunt tollere contractus quae iuris gentium sunt, sine iusta causa.“

¹⁸ De Pactis, in TII Bd. 6 (1), fol. 3v.

ligatur *non solum naturaliter sed civiliter* ex contractu.“¹⁹ Andrea ab Exea beschrieb dies in etwas anderer Form: „*illa naturalis obligatio ita obligat principem sicut civilis obligat privatum ... Licet princeps non subiciatur legibus, tamen subiciatur necessitati legis naturalis ... procedat etiam de plenitudine potestatis, virtute cuius non potest princeps venire contra contractum.*“²⁰ Die Bedeutung ist klar: Wenn ein Fürst das Gesetz bricht, gibt es nichts, was irgend jemand rechtmäßigerweise dagegen tun kann; aber wenn er einen Vertrag bricht, ist er den rechtlichen Mitteln genauso ausgesetzt und kann genauso vor Gericht gebracht werden wie jeder andere auch. Wie Maino es ausdrückte, muß er einen „gerechten Grund“ nachweisen, um von einem Vertrag abweichen zu können²¹.

Der Fürst ist also dem Gesetzesverfahren unterworfen, und der Untertan kann sich ihm somit entgegenstellen und ihn kritisieren: Dies war der Ansatzpunkt für die Entwicklung des Konstitutionalismus. Dies stellte einen Bruch in der absolutistischen Lehre dar, der vorwiegend von Zivilrechtlern und Kirchenrechtlern vorgebracht wurde und eventuell ebenso bedeutsam war wie die wohl bekanntere Behauptung von Bartolus, daß die Stadtstaaten, die keine übergeordnete Macht anerkennen, de facto unabhängig seien. Wie Paulus de Castro (gestorben 1441) es ausdrückte: „*princeps debet servare suum contractum etiam invitum cum eo qui erat subditus tempore contractus celebrati.*“ Während jedoch das Anerkennungsargument des Bartolus auf de facto Erwägungen beruhte, basierte das Vertragsargument (in de Castros Worten) auf „*ius naturale*“ oder auch „*ius gentium primevum*“²². Diese Ansicht wurde weiterhin von all jenen unterstützt, die die Verpflichtung, Wahleide und Übereinkommen zu ehren, in die neuen Machtverteilungsverhältnisse der Monarchien des späten 15. und frühen 16. Jahrhunderts einbringen wollten²³. Dies alles band den Fürsten mehr und mehr in das Netz *bürgerlicher* Beziehungen ein. Denn, wie Ludovicus Romanus Pontanus (gestorben 1439) folgerte, „*si principes possent ex penitentia contractus factos cum privatis revocare, certe nullus cum eis contraheret. Et hoc modo per indirectum privarentur facultate contrahendi.*“²⁴

Man kann sogar noch weiter gehen und sagen, daß dies alles Teil des gleichen Arguments ist, das von Bartolus und anderen vorgebracht wurde in bezug auf das Recht der

¹⁹ Ad Decretales 2.19. *Albertus Bolognetus* stellte fest, daß gegen einen Prinzen, der einen *pactum nudum* (einen mündlichen Vertrag) brach, vorgegangen werden konnte: De Pactis, in TII Bd. 11 (1), fol. 30v/a; vgl. auch *Paulus de Castro*, Consilia, cons. 137, fol. 165r.

²⁰ De Pactis, in TII Bd. 6 (2), fol. 17v/b.

²¹ Siehe oben Anm. 15.

²² Consilia (Frankfurt, 1580) fol. 168r: cons. 1.318 n.5.

²³ *Philippus Decius*, Consilia, (1454–1536/7) cons. 151, fol. 161r/b: „Ex tali promissione efficaciter papa obligetur, nec se absolvere possit quia iuramentum et votum est de iure divino ... Papa qui est princeps ex suo contractu astringitur ... Et hoc bene facit, quia, quoniam princeps ex contractu obligatur, etiam de plenitudine potestatis contravenire non potest“ (er fährt weiter und zitiert Paulus de Castro, cons. 420); vgl. auch *Decius*, cons. 48 (wo er *Castro*, ad Codex 1.14.4 zitiert) und cons. 528 (fol. 553r/a).

²⁴ Consilia (Lyon 1586) cons. 357 (zitiert von *Maino*, Anm. 15); *Ullmann* (Individual and Society 83n) bezieht sich auch auf cons. 352, fol. 184v, n.24 und Pontanus in Tractatus Universi Iuris (TUI) Bd. 11 (1), fol. 24v, n.9.

de facto selbständigen *civitates*, aus eigener Autorität heraus Gesetze zu erlassen etc.²⁵. Im Kontext des Verhältnisses zwischen den italienischen *civitates* und dem Kaiser lief das Vertragsargument darauf hinaus, daß die „Devolution“ der Regierungsmacht an die örtlichen Körperschaften, seien sie bürgerliche Gemeinschaften oder die Herren der Stadt als kaiserliche Vasallen (oder auch *vicarii*), unwiderruflich war, außer bei beiderseitiger Zustimmung zur Vertragsauflösung. In einem gewissen Sinne war dies ein stärkeres Argument, da es auf dem angeblich universellen Prinzip des Naturrechts beruhte. Dieses scheint der Grund zu sein, weshalb italienische Juristen die Vertragstheorie vom 13. bis ins 16. Jahrhundert so stark vertreten haben.

Vertragliche Beziehungen zwischen König und Volk waren jedoch im mittelalterlichen Europa viel weiter verbreitet, als unsere Beschreibung der juristischen Aktivitäten nahelegt. Auf Grund ihrer Lage als Grenzstaaten waren sie am deutlichsten in den spanischen Königreichen entwickelt: Der Vertrag bildete die Grundlage des Verhältnisses zwischen dem König und den Führern des Militärs während der Reconquista und auch während der Eroberung Amerikas²⁶. Besonders im Königreich von Aragon-Katalonien waren die vertraglichen Vereinbarungen ein Element in einem umfassenden Gebilde konstitutioneller Übereinkommen; diese umfaßten regelmäßige Zusammenkünfte der Stände (*Cortes*) – eine Praxis, die sich nach der Eroberung durch Alfonso V. (1416–1458)²⁷ auch in Sizilien und Sardinien entwickelte. Städten wurden Privilegien verliehen, die die Form bindender Verträge annahmen. Während der Cortes von 1454–1458 in Barcelona schwor Alfonso, „tenir e inviolablement observar e fer observar ... tots los usatges de Barchinona, constitucions e capitos de les Corts de Catalunya, libertats, privilegis, usos e consuetuts“²⁸. Und an die Stadt Vich gerichtet sagte er: „Renuntiamus regio et imperali iuri dicenti quod princeps legibus est absolutus, submittens nos et successores nostros huic nostre legi et aliis iuribus“, die er im einzelnen aufführte. Die Bürger waren nicht gezwungen, irgendeiner Person, egal welchen Ranges, zu gehorchen, wenn dies gegen dieses Gesetz verstoßen hätte; „concedimus ac ex debito fidelitatis injungimus ex nostre regia plenitudine potestatis illis (an andere!) posse et debere fieri resistentiam et contradictionem per vos et eos licite, impune in favorem regie nostre corone utilitatemque rei publice dicte universitatis consiliariorum, civium et proborum hominum civitatis“²⁹. In Aragon-Katalonien bestanden die Cortes regelmäßig darauf, daß die Gesetze auch für den König bindend waren. Als Begründung hierfür wurde oft angeführt, daß sie in Vertragsform gefaßt waren. Dies wiederum lag an der Tatsache, daß die Gesetze von den Cortes ausgingen und damit grundsätzlich auf der Willensübereinstimmung zwischen dem König und den Stän-

²⁵ Castro zitiert cons. 137 (Anm. 22) in der gleichen Passage Cino und Bartolus, ad Digest 1.1.9 (das *de facto* Anerkennungsargument) und stellt fest „cum Veneti non recognoscant superiorem, locum principis obtinent in ipsorum civitate et subditis“ (fol. 165v).

²⁶ John H. Elliott, *Imperial Spain 1469–1716* (London 1970) 59.

²⁷ Antonio Marongiu, *Medieval Parliaments: a Comparative Study* (London 1968) 65–75, 109–116.

²⁸ Cortes de los antiguos reinos de Aragon y de Valencia y Principado de Catalunya, Bd. 22 (Madrid 1916) 348.

²⁹ Cortes ... Bd. 22 (Madrid 1917) 45. Siehe J. Vicens Vives, *Juan II de Aragon: Monarquia y revolucion en la Espana del siglo XV* (Barcelona 1953) 171–3, 193, 386n.

den beruhten. Wie wir schon gesehen haben, bildete Willensübereinstimmung die Grundlage vertraglicher Verpflichtungen in der juristischen Lehre³⁰. Wenn wir jetzt die juristische Lehre und die spanische Praxis kombinieren, führt uns das zu einer naturrechtlichen Grundlage des Parlamentarismus: Gesetze, die vom Parlament verabschiedet wurden, hatten den Status eines gegenseitigen Versprechens und erhielten somit ihre Gültigkeit direkt aus dem Naturrecht. Im Sizilien Alfonsos V. wurden diese „pactionatae leges et inviolabiles contractus“³¹ genannt. Dies alles war Ausdruck dessen, was der moderne Historiker „libertad federativa imperial“³² genannt hat.

Diese Ansicht vom Verhältnis des Monarchen zum Recht widersprach jedoch auf den ersten Blick der Rechtslehre, wonach der Fürst „legibus solutus“ (Digesten 1.3.31) war, und wonach seine Verpflichtung, den Gesetzen zu gehorchen, eine moralische Verpflichtung war, die er freiwillig einging (*de honestate, de voluntate*), und keine rechtliche Verpflichtung (*de necessitate*) (auf der Grundlage des Codex 1.14.4, „Digna vox“). Wie oben schon ausgeführt, hat Baldus die vertraglichen Verpflichtungen des Fürsten nur dadurch begründet, daß er den Unterschied zwischen Gesetzen und Verträgen deutlich herausstellte („Deus subiecit ei leges, sed non subiecit ei contractus“; „Licet princeps non ligetur lege legis, ligatur lege conventionis“³³). Aber sogar unter den Juristen gab es eine Bewegung, die sich den aragon-katalanischen Tendenzen näherte. Cino behauptete, daß die Obrigkeit gezwungen war, die Gesetze zu befolgen, da diese nicht von der Obrigkeit alleine gemacht worden waren, sondern „consensu populi“³⁴. Und Baldus führte aus, daß die Obrigkeit die Gesetze „sicut pactum“ befolgen mußte; der Grund, den er dafür angab, lag jedoch nicht (und das ist charakteristisch) in der Autorität des Gesetzgebers (*populus*), sondern in dem gemeinen (römischen) Recht selber, durch dessen Anerkennung das Gesetz bestand³⁵. Die Juristen sagten jedoch nicht, daß Gesetze generell dieselben Qualitäten hätten wie Verträge; Maino hat jedoch erwähnt, daß der Fürst Gesetze erlassen könnte „per viam contractus, quia contractus principis habet vim legis“³⁶. Weder Cino noch Baldus sprachen jedoch in diesen Fällen vom Fürsten, sondern von den Stadtregierungen.

Wir werden uns jetzt einer weiteren möglichen juristischen Quelle der Theorie des Gesellschaftsvertrages zuwenden, die wohl am passendsten als ein Beitrag zur Sprache des Gesellschaftsvertrages beschrieben werden kann (gemeint ist das Vokabular und eine Anzahl von Konzepten in dem von Pocock und Skinner entwickelten Sinn). Diese Quelle ist die Literatur, die sich mit der Natur und der Struktur einer Gesellschaft (*societas*), im Sinne einer gemeinschaftlichen Unternehmung für gewöhnlich kommerzielle Zwecke, auseinandersetzt. (Hostiensis hat die *societas* im rechtlichen Sinne von anderen Arten von Gruppen, wie z.B. dem *collegium*, unterschieden, auf der Grundlage, daß „societas contrahitur gratia commodioris usus et uberioris que-

³⁰ Baldus sprach von *consensus* als „pact(i) substantia“; „obligatio naturalis ex parte obligati et eius cui obligatio quaeritur debet habere consensum“ (De Pactis, in TII, Bd. 6 (1), fol. 2v.

³¹ Zit. *Marongiu*, Parliaments, 161; vgl. *Vicens Vives*, Juan II, 173.

³² *Vicens Vives*, Juan II, 171–2.

³³ Ad Feud. 1.7 und ad Digest 1.4.1: zit. *Canning*, Baldus 240–1.

³⁴ Ad Digest 2.2 rubr. n. 13.

³⁵ Ad Digest 1.1.9: zit. *Canning*, Baldus 248.

³⁶ Ad Digest 1.4.1: zit. *Carlyle*, Medieval Political Theory Bd. 6, 155.

stus“³⁷.) Die *Societas* in diesem beschränkten Sinne war dadurch charakterisiert, daß sie eine Partnerschaft war, der man durch freiwillige Übereinkunft beitrug und sie auch so verließ³⁸. Sie konnte unterschiedliche Formen annehmen; zum Beispiel permanente *societas* sein (wie sie häufig innerhalb einer Familie bestand) oder nur für bestimmte Unternehmungen gelten; außerdem konnte es vorkommen, daß ein Teilhaber das Kapital zur Verfügung stellte, während der andere die Arbeitskraft stellte (z. B. als Besitzer eines Schiffes), oder auch, daß beide unterschiedliche Anteile des Kapitals bereitstellten³⁹. Die Handelsgesellschaft wurde durch einen Vertrag begründet, wie es die Digesten vorgaben („Societates contrahuntur ... Sed et socius qui alienaverit contra pactionem ... Cum enim societas consensu contrahitur ... Si quis societatem contraxerit ...“: Digesten 17.2.5, 17.19.74). An diesem Punkt in der Sprache des Mittelalters und der Renaissance, und nur an diesem Punkt, wurden *societas* und *contractus* miteinander verbunden, und zwar ziemlich eng verbunden. Auch hier kann die weiteste Verbreitung dieses sprachlichen Brauches und der Idee auf das späte 15. Jahrhundert datiert werden.

Moralisten und Theologen haben wiederholt versucht, Verhaltensmaßregeln für solche Gesellschaften aufzustellen, insbesondere in bezug auf ihre potentiell wucherische Natur. Die am weitesten reichenden Diskussionen wurden von St. Antonio (von 1446 bis 1459 Erzbischof von Florenz)⁴⁰ vorgenommen. Seine Ansichten wurden dann in die erste juristische Monographie „De Societatibus“ von Angelus de Perigilis (gestorben 1447)⁴¹ aus Perugia aufgenommen. Ein Punkt, der dabei besonders hervortrat, war das Prinzip der Gleichheit im Sinne von gleichberechtigter und gerechter Behandlung: Es wurde viel über die Anrechte auf einen Anteil des Profit derer gesagt, die nur Arbeitskraft in die Partnerschaft eingebracht hatten; ferner mußten Teilhaber (Mitglieder) an den Gewinnen und Verlusten im Verhältnis zu ihren Investitionen teilhaben. Von St. Antonio war zu hören, daß „de natura contractus societatis sit, quod partes sint aequales, habito respectu ad quotam in societatem positam“⁴²; und von Christophorus Porcius (floruit 1483) war zu vernehmen, daß „in dubio, partes damni et lucris veniunt aequales in societate, quia societas vinculum fraternitatis habet ... et propterea

³⁷ De syndicis, in *Hostiensis*, Summa Aurea super Titulis Decretalium (Venice 1570), fols 103v–5v at fol. 104r. Baldus sagte: „Ego modicum curo de ista differentia ... (whatever the name) idem iuris est ... Proprie tamen loquendo dicitur societas quando respicit questum ...“ (ad Digest 3.4.1).

³⁸ Pierre Michaud-Quantin, *Universitas: expressions du mouvement communautaire dans le moyen-âge latin* (Paris 1970) 67–9.

³⁹ J. W. Baldwin, *Masters, Princes and Merchants: the social views of Peter the Chanter and his circle*, Bd. 1 (Princeton, N.J. 1970) 288–90; Jacques Heers, *L'Occident aux XIVe et XVe siècles: aspects économiques et sociaux* (Nouvelle Clio 23, Paris 1973) 209–13; G. O'Brien, *An Essay on Medieval Economic Teaching* (London 1920) 206–10. Max Webers Doktorarbeit behandelte dieses Thema: *Zur Geschichte der Handelsgesellschaften im Mittelalter nach südeuropäischen Quellen* (Stuttgart 1889).

⁴⁰ Confessionale. Ein weiteres Werk eines berühmten Theologen war Johannes Niders (gest. 1438), *De contractibus mercatorum* (TUI Bd. 5 fols 532v–537r).

⁴¹ TUI Bd. 5, fols 425v–427v.

⁴² De Usuris, in TII Bd. 7, fol. 85v/b, n.72.

in ea laudanda est aequalitas“⁴³. Eine *societas*, deren vertragliche Basis beinhaltet, daß das Kapital eines Teilhabers unangetastet sein sollte, ist nicht zulässig: Die Antwort auf die Frage „An pactum valeat factum inter socios contra naturam societatis, e.g. quod salvum sit capitale unius socii“, ist negativ⁴⁴.

Man würde jedoch nicht unbedingt erwarten, daß diese Vorstellung auch in die politische Theorie mit übernommen wurde. Aber nachdem die Familie jahrhundertlang Analogien für den Staat geboten hatte, war es jetzt an den Gesellschaften, dasselbe zu tun. Dies wurde dadurch herbeigeführt oder vereinfacht, daß das Wort *societas* zweideutig ist, einerseits meint es „Handelsgesellschaft“, andererseits „Gesellschaft“ insgesamt. Letztere Bedeutung war noch von Ciceros *societas civilis* wie auch in dem gegenwärtigen mittelalterlichen Sprachgebrauch als *societas civilis* oder *politica* verbreitet. Die *societas civilis* oder *politica* des mittelalterlichen Sprachgebrauchs bezog sich auf eine zivilisierte, geordnete Gesellschaft mit Gesetzen und einer Regierung, ähnlich der *political society* eines Locke oder der *civil society* der schottischen Aufklärung.

Diese Analogie wurde zum ersten Mal – und wohl auch am deutlichsten – von Mario Salamonio (ca. 1450–1532), einem Renaissance-Juristen von vornehmer römischer Herkunft, vorgebracht. Sein „De Principatu“ wurde 1512–1514 geschrieben, gerade nach dem fehlgeschlagenen Konzil von Pisa und Lyon (1511–1512), das gegen den Papst gerichtet war, und nach einer kleineren politischen Unruhe, in der die Colonna-Familie versucht hatte, die zivile Autorität des Papstes in Rom selbst zu reduzieren. Das Buch war Papst Leo X. gewidmet, der 1513 die Nachfolge Julius’ II. antrat⁴⁵. Salamonio hatte zuvor selber an den Angelegenheiten der Republik Florenz Anteil genommen, als er 1499 als *Capitano del popolo* gegen den Trend vorschlug, mehr öffentliche Teilnahme an den Staatsgeschäften zuzulassen⁴⁶. „De Principatu“ ist ein Dialog, in dem ein Philosoph, der Sokrates ähnelt, einen zahmen Juristen dazu zwingt, einzugestehen, daß die römischen Rechtstexte nicht die absolute Bedeutung hätten, die ihnen von Juristen häufig gegeben würde. Der Hauptschluß des Buches war, daß der Kaiser in seinem Handlungsspielraum beschränkt sei durch Gesetze, durch die Wohlfahrt und die *maiestas* der *res publica* und durch die überlegene Macht des *populus*; allerdings könnten andere Herrscher noch mehr beschränkt sein (De Principatu, 74–75). Das zweite Buch beinhaltet eine Neuinterpretation der *lex regia*, die darauf hinausläuft, daß Kaiser oder *princeps* wirklich an die Gesetze gebunden seien. Es wird argumentiert, daß Salamonio, wie auch andere, in diesem Fall generalisierend vom Kaiser auf Herrscher im allgemeinen schlosse.

Salamonio argumentiert, daß der *princeps* ein *mandatarius* und *minister* der *civitas* sei; daher, „si leges condit, leges civitatis sunt, et legibus civitatis subesse non inconvenit neque impossibile est“. An diesem Punkt bringt er dann die Idee des Vertrages ins Spiel: Aus den Digesten 1.3.32 und 35, die vom Gewohnheitsrecht als „tacita civium

⁴³ In tres institutionum libros commentaria (mit Ergänzungen von Maino) (Venice 1580) ad Inst. 3.25, tit. De societate, fol. 151r–v.

⁴⁴ TII Bd. 12, fol. 339 n.39.

⁴⁵ Hrsg. Mario D’Addio (Milan 1955); vgl. D’Addio, Contratto 3–10; Quentin Skinner, The Foundations of Modern Political Thought, Bd. 1, The Renaissance (Cambridge 1978) 148–9.

⁴⁶ Orationes ad Priores Florentinos, hrsg. v. Mario D’Addio mit De Principatu, 100–2.

conventio“ sprachen, schließt der Philosoph, daß „lex ergo inter ipsos cives pactio quaedam est“. Darauf erwidert der Jurist: „atqui pactio strictissime stipulata.“ Und um diesen Punkt noch zu verstärken, greift Salamonio auf die Analogie zwischen *civitas* und *societas* (im Sinne von Partnerschaft) zurück und besonders auf Ciceros Definition der *civitas* als „civilis societas ... societas civium“ (De Republica I.32.49). Salamonio geht dann noch einen Schritt weiter in seiner Anlehnung an das Modell der Handelsgesellschaft: „Ph(ilosophus): Si nihil aliud est civitas quam civilis quaedam societas, contrahitur que ne societas ulla sine pactionibus? Iur (ista): Non ... Ph.: Pactiones huiusmodi nonne recte societatis leges dicuntur? Iur.: Non dubium ... Ph.: Neque societas sibi obligatur, sed ipsi inter se socii. Dic, quaeso, estne societas antequam ineatur? Iur.: Nulla prorsus. Ph.: Inirine potest, antequam socii de conditionibus conveniant? Iur.: Minime. Ph.: Ad esse ergo societatis pactiones requiruntur, quae leges dictuntur. Iur.: Necessario. Ph.: Ergo ad esse civitatis leges sunt necessarie ... et per hoc populi non esse Romani ut suis legibus ligari nequeat, quo fit id iuris in principem transferre nequisse, ut suis ligari legibus non valeret.“

Der interessante Punkt hierbei ist, daß Salamonio das Modell der Handelsgesellschaft dazu benutzt zu beweisen, daß kein Staat ohne allgemein akzeptierte Grundvoraussetzungen entstehen könne. Hiermit greift er einem Element der voll entwickelten Philosophie des Gesellschaftsvertrages voraus, die anderthalb Jahrhunderte später entwickelt wurde. Der Philosoph fährt fort: „Sicut pactum in societate negotiali, ita lex in civili ordinatio est ... Socius sociali negotiationi praepositus, numquid ob id quod praepositus est, desinit esse socius? Iur.: Minime. Ph.: Et socialibus legibus solutus? Iur.: Absit. Ph.: Cur non idem in civili societate dicendum?“ (Seiten 28–29)

Salamonio führt weiterhin aus, daß „Inequalitas conditionum societat[em] disrum-pit“ (Seite 31).

Es ist an der Zeit, diese potentiellen Einflüsse zusammenzuführen und zu analysieren, welchen Effekt sie auf die Entwicklung der Theorie des Gesellschaftsvertrages als einer dominanten Form der politischen Begrifflichkeit und Legitimierung hatten, sowohl unter Philosophen als auch in der breiten Öffentlichkeit, zumindest in Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien. Die erste Schlußfolgerung dieses Aufsatzes liegt darin zu sagen, daß die Beweislage darauf hinweise, daß es (ungefähr) in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts eine beachtliche Zunahme der vertraglichen Denkweise gab, sowohl generell wie auch in verschiedenen Lebensbereichen. Daraus kann man ableiten, daß, wenn man vertragliches Denken als dominante politische Ideologie auf die Mitte des 16. Jahrhunderts datiert, die Idee (und das Ideal) der vertraglichen Verpflichtung als eine dominante Norm sozialer Verhältnisse – oder, um noch genauer zu sein, die deutliche Formulierung dieser Idee und dieses Ideals – ungefähr auf die Mitte des 15. Jahrhunderts datiert werden kann. Das ist auch ungefähr der Zeitabstand, den man zwischen der generellen gesellschaftlichen Popularität einer Idee und ihrer Verwendung als politische Ideologie erwarten würde, besonders mit Rücksicht auf die damals vorhandenen Druckerpressen.

Ein weiteres eindrucksvolles Beispiel dieses Keimungsprozesses bleibt hier zu erwähnen; und dieses Beispiel bringt uns auch, sowohl örtlich wie auch thematisch, viel näher an die später stärker entwickelten vertraglichen Formulierungen. Johann Wessel

Gansfort (ca. 1419–1489), geboren in Groningen in den Niederlanden, unterrichtet von den Brüdern des Gemeinen Lebens und den Großteil seines Lebens Theologie-Professor an der Universität, war der erste, der die Vertragsidee unzweideutig auf jede Form *kirchlicher* Autorität anwandte. In einer heute berühmten Textstelle ging er, wie man es von einer Person seiner Statur erwarten durfte, erheblich weiter als seine Vorgänger: „Omnis enim ecclesiae potestas inter medicum et aegrotum est compacta, ie. pacto duorum constans ... Consideratu dignum, quantum debet subditus praelato, et inferior suo superiori. Hoc enim debitum non est conditionis, ut sit debitum absolute, sed magis est pacti cum praelato [dies hebt ganz genau den Kontrast zwischen „Statua“ und „Vertrag“ hervor, der später in der Historischen Anthropologie von Maine gefeiert wurde] ... Nisi superiores, iuxta debitum pacti, legi pactorum aequi sint, non tenebitur subditus integro debito, sed quantum ille legem superioris implet, eatenus debitor est subditus.“⁴⁷

Es scheint klar zu sein, daß Wessel davon ausgeht, daß er sein Argument auf einem generell akzeptierten Rechtsgrundsatz aufbaut, der in bezug auf die Beziehungen zwischen Personen unabhängig davon ist, ob diese Personen den gleichen Status haben oder nicht, und auch davon, ob diese Beziehungen den Austausch von Gütern oder Diensten (der Arzt und sein Patient) beinhalten oder Befehl und Gehorsam. Die Bezugnahme auf *lex pactorum* ist bemerkenswert. Aber Wessel ging noch weiter: „Omnis enim illa subiectio voluntaria et spontanea esse debet ... (Nachdem er dargelegt hat, daß die Beziehung *deliberatio* eingegangen wurde, setzt er fort) Fere ex natura huius obligationis est, ut subditi superiorem sibi eligant ... Deberet etiam simile esse de regibus. Unde in omni republica bene instituta summus magistratus, vel tempore vel auctoritate, vel annuus tantum sit vel suffragiis consentientium ab insolentia compescatur. Quid enim electio signat nisi libertatem deliberantis?“

Wessel benutzt hierbei die Analogie zwischen kirchlicher und politischer Autorität. Er spricht, wie es für die Theologen und Humanisten in seiner Zeit üblich ist, nicht von bestimmten Staaten, sondern von Staaten generell. In diesen beiden Bereichen beinhaltet der Begriff des Vertrages mehr oder weniger eine Wahl, da beide auf der Freiheit der Auswahl beruhen. Das Argument für die Wahl auf Grund des Prinzips der freiwilligen Zustimmung war von Nicholas von Cusa in seiner konziliaristisch-parlamentarischen Schrift „De Concordantia Catholica“, 1432–1433, entwickelt worden; Wessels Sprachgebrauch läßt darauf schließen, daß er Cusas Arbeit kannte. Vertragliches Denken hat somit schon zu diesem Zeitpunkt die Vorstellung einer gewählten Regierung unterstützt. Tatsächlich war diese Verbindung jedoch schon viel älter als sie, zumindest implizit, in manchen Krönungseiden enthalten war. In der katalanischen Politik war sie sogar viel mehr als nur implizit, wie wir aus der Aussage sehen können, die 1412 an Ferdinand I. gerichtet wurde: „es rey elegido con pactos y se ve obligado a conservar las libertadas ... Pero los reyes elegidos hallan las cosas ordenadas y en sur ser, y aquellas han de conservar, y con tales medios, pactos y condiciones

⁴⁷ De Dignitate et Potestate Ecclesiastica, in: *Wessel, Opera Omnia* (Groningen 1614) 752, 765. Siehe F. Oakley, Disobedience, Consent, Political Obligation: the Witness of Wessel Gansfort (c. 1419–1489), in: *History of Political Thought* 9 (1988) 211–21.

accepta el señorio.“⁴⁸ Wessels Verständnis der Beziehung zwischen Herrschern und Beherrschten führte ihn dazu, besonders die bürgerlich-republikanischen Regierungsformen zu unterstützen; das folgende Zitat jedoch deutet – zumindest unter diesen Voraussetzungen – auf eine Anerkennung der verschiedensten Formen der Monarchie, und mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch des Kaiserreiches selbst, hin: „vel suffragiis consentientum ab insolentia compescatur.“

Die Vertragsidee wurde erstmals in einer weitreichenden politischen Auseinandersetzung angewandt, als in der katalanischen Revolte von 1461 darauf bestanden wurde, daß der König an den Vertrag mit seinen Untertanen gebunden sei, besonders im Hinblick auf deren schützenswerte Grundfreiheiten⁴⁹. Die Tatsache, daß das Zitat von Seneca „Quid enim est iustitia nisi tacita societas seu conventio in auxilio multorum inventa?“⁵⁰ verwandt wurde, deutet darauf hin, daß die Gesellschaft als auf Übereinkommen (*conventio*) basierend angesehen wurde, ist aber mit Sicherheit kein direkter Bezug auf die kommerzielle *societas*. Es ist interessant festzustellen, daß all dies nur zwanzig Jahre nach dem Höhepunkt des radikalen Konziliarismus im Konzil von Basel stattfand, wo trotz der Gegenwart einer Anzahl von spanischen und besonders aragonischen und katalanischen Delegierten die Vertragslehre noch nicht zum Vorschein gekommen war. Sogar der Kastilianer Juan de Segovia, der artikulierteste radikale Konziliarist, hat zu keinem Zeitpunkt darauf Bezug genommen⁵¹. Ich bin mir nicht sicher, ob es irgendwelche Beweise für Vertragsdenken während des Aufstandes der kastilianischen Städte 1520–1521 gab; es scheint jedoch, daß deren Propaganda sich mehr auf das Gemeinwohl konzentrierte⁵².

Ein bemerkenswerter Aspekt dieser Geschichte ist, daß die Vertragslehre in Spanien jetzt fast vollkommen ausgestorben ist, zumindest als populäre Ansicht, und sich jetzt mehr nach Nordwest-Europa verlagert hat. Hier war sie bereits durch die Handlungsweise der Niederländer eingeführt worden. Die Satzung *Joyeuse Entrée* in Brabant wurde seit 1356 von jedem Herzog von Brabant bei Amtsantritt unter Eid bezeugt; sie beinhaltete einen bemerkenswerten Absatz, der an die politische Kultur Kataloniens erinnert und der die Untertanen dazu berechtigte, ihre Gefolgschaft zu versagen, wenn der Herzog gegen diese Satzung verstoßen sollte. Die Großen Privilegien 1477 weiteten den Anwendungsbereich dieser Ungehorsamsklausel auf die Bewohner der ganzen Niederlande aus. Sowohl Karl V. (1516) wie auch Philip II. (1549) leisteten den Eid auf die *Joyeuse Entrée*⁵³.

⁴⁸ *Vicens Vives*, Juan II, 173.

⁴⁹ *Vicens Vives*, Juan II, 244–50.

⁵⁰ *Parlements a les Cortes Catalanes*, hrsg. v. R. A. and J. Garriot (Barcelona 1928) 183–4.

⁵¹ *Black*, Council, passim.

⁵² J. A. Maravall, *Las comunidades de Castilla* (Madrid 1963).

⁵³ *Martin van Gelderen*, *The Political Thought of the Dutch Revolt* (Ph. D. thesis, European University Institute, Florence 1988); *Martin van Gelderen*, *The Machiavellian moment and the Dutch Revolt; the rise of Neostoicism and Dutch Republicanism*, in: *Machiavelli and Republicanism*, hrsg. v. Gisela Bock, Quentin Skinner, Maurizio Viroli (Cambridge 1991) 205–23; *Wim P. Blockmans*, *La Signification Constitutionnelle des Privilèges de Marie de Bourgogne* (1477), in: (Hrsg.) *W. P. Blockmans*, *Ancien Pays et Assemblées d'États*, Bd. 80 (Kortrijk-Heule 1985)

Gibt es Beweise für den Einfluß dieser frühen kulturellen Phänomene der Geistesgeschichte auf die berühmten Vertragstheoretiker nach 1550? Um eine definitive Antwort auf diese Frage geben zu können, müßte ich eine genauere Studie der Schriften der französischen Monarchomachisten, der englischen Puritaner und anderer vornehmen, die den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde. Daher basieren die folgenden Schlüsse auf einer oberflächlichen Untersuchung und auf Beweisen und Interpretationen anderer Gelehrter. Es gibt ausreichend Beweise für den Einfluß der generellen Kunde vom Vertrag zwischen dem König und den Untertanen, wie den adligen Vasallen, *civitates* und regionalen Einheiten (z.B. Brabant). Die Verbindung ist besonders deutlich in den Niederlanden. Die Vorstellung, daß das Verhältnis zwischen dem Monarchen und den Städten oder Provinzen, zumindest in einigen konkreten Fällen, auf einem gegenseitigen Vertrag beruhte, spielte eine entscheidende Rolle in der Ideologie und der Propaganda der rebellischen Provinzen. Die Rechtfertigung des holländischen Aufstandes, angefangen in der Mitte der 1560er Jahre, betonte die Eide, die Philip geschworen hatte, besonders in seiner Funktion als Herzog von Brabant. Einer Äußerung aus dem Jahre 1566 zufolge war Philips religiöse Politik „a notorious novelty directly contravening the *Joyeuse Entrée*, the therein sworn old rights, customs and ordinances of the country of Brabant, and is therefore null“. Wilhelm von Oranien rechtfertigte seine militärische Kampagne von 1568 damit, daß die Tyrannei Philips gegen „all divine, natural and written rights yes ... all freedoms, oaths, contracts and privileges of the country“⁵⁴ verstoße. In „True Warning“ schrieb Martin van Gelderen: „the oath, by which Philip II in accordance with the traditions of the Burgundian Netherlands had sworn to uphold and protect the privileges, became presented as the sealing of a formal contract between the overlord and his subjects, on whose terms he had been accepted. The oath was, as the States of Holland and Zeeland argued in 1573, the sole and right foundation on which both the power and the authority of the prince and the loyalty and obedience of the subjects is grounded“. The terms of the contract between the prince and the people were stipulated in the privileges.“⁵⁵

Das gleiche Argument wurde auch in der Propaganda der Generalstaaten in ihrer Sezession von 1576 wiederholt vorgebracht, wie auch in daran anschließenden Äußerungen des entstehenden holländischen Staates. Insofern bestand ein großer Teil der Rechtfertigung des Widerstandes und der Absetzung des Herrschers aus der Beibehaltung spezifischer Verträge zwischen dem Fürst und den Städten und dem Fürst und den Provinzen. Zur gleichen Zeit wurde dies erstmalig zu einer generellen Theorie eines Regierungssystems entwickelt und wurde daher mehr zu einer Theorie des Gesellschaftsvertrages im wahren Sinn des Wortes; und zu diesem Zweck wurden zeitweise die Argumente der spanischen Neo-Scholastiker benutzt, die stark an die Jurisprudenz und Theologie des 15. Jahrhunderts erinnerten. Einer der Gründe für diese Entwick-

Fortsetzung Fußnote von Seite 43

495–516; G. Griffiths, *Representative Government in Western Europe in the Sixteenth Century* (Oxford 1968) 346–8.

⁵⁴ M. G. Schenk (Hrsg.), *Prins Willem van Oranje. Geschriften van 1568* (Amsterdam-Sloterdijk 1933) 101–2; vgl. auch Griffiths, *Representative Government* 511.

⁵⁵ Van Gelderen, *The Machiavellian moment* 212.

lungen war sicherlich (wie Skinner schon in bezug auf das Gedankengut der Hugenotten bemerkte), daß man erwarten konnte, daß sie gleichermaßen bei Katholiken wie Protestanten Gewicht haben würden. Man wird leicht verstehen können, daß dieselben Ideen besonders gut auf die Situation der französischen Hugenotten während der 1570er Jahre anzuwenden waren, besonders mit Bezug auf das Recht der niederen Beamten, ungerechten Befehlen ihrer Vorgesetzten entgegenzutreten⁵⁶.

Es gibt zwei mögliche Verbindungen der spezifischen juristischen Lehre der Verpflichtung des Fürsten, Verträge zu beachten. Es ist möglich, daß es einen direkten Einfluß gab: Es ist wahrscheinlich, daß einige der Autoren des späten 16. Jahrhunderts in Frankreich und den Niederlanden Baldus und die anderen aus erster Hand kannten; van Gelderen war beeindruckt von der Vertrautheit der holländischen Autoren mit diesen Juristen und dem ungeheuren Nutzen, den sie aus deren Gedankengut zogen⁵⁷. Aber womöglich waren es zu einem großen Teil getrennte Ausarbeitungen desselben Kerns moralischer Prinzipien. Auch wenn spätere Theoretiker ihre Vorgänger in bezug auf diesen speziellen Punkt zitiert hätten (wofür ich keinerlei Beweise gefunden habe), muß das nicht unbedingt heißen, daß sie ihre Ideen auch aus der Quelle hatten. Vielmehr hätten sie diese „Autoritäten“ benutzen können, um das zu untermauern, was sie sowieso schon gedacht und gesagt hatten.

Meine Vermutung ist, daß die Lehren der Juristen und der späteren politischen Theoretiker getrennte Formulierungen desselben Prinzips waren, die zu einem großen Teil durch die ähnlichen sozialen und politischen Praktiken in den verschiedenen Regionen (Übereinkommen zwischen Fürst und Stadt etc.) inspiriert wurden. In anderen Worten: Das Ethos des Vertrages war in der europäischen Gesellschaft zu Hause. Wenn das nicht der Fall gewesen wäre, wie würde man dann die Ähnlichkeit zwischen dem erklären, was im Italien des 14. Jahrhunderts und im Frankreich und den Niederlanden des 16. und 17. Jahrhunderts gesagt wurde? Selbst eine mögliche „Italienische Verbindung“ trägt nicht ganz: Der Calvinist Pier Martire Vermigli (1500–1562), der in der Zeit vor 1553 in England war, erwähnte Pakte nur ganz generell⁵⁸. Es ist jedoch nicht schwierig zu belegen, daß sowohl Gelehrte aus Frankreich wie auch aus den Niederlanden mit den in Italien und Aragon-Katalonien verbreiteten Ideen vertraut waren, und daß der Vertrag in den oben diskutierten Zusammenhängen tatsächlich ein Europa-weites Phänomen war, sowohl in der Praxis wie auch in der Theorie. Könnte man nicht Skinners scharfsinnige Beobachtung, daß „the essence of the Huguenot case rests on the general contention that the act of promising analytically implies the acceptance of a moral obligation on the part of the agent who makes the promise, and a corresponding moral right on the part of the other signatory to demand that the terms of the promise should be kept“⁵⁹ – dadurch ergänzen, daß man den philosophischen Punkten den Beweis einer dominierenden moralischen Kultur hinzufügt? Sowohl philosophische Analyse wie auch vorhergehende juristische Kultur scheinen dem folgenden Zitat aus Philippe Du Plessis Mornays „*Vindiciae contra tyrannos*“

⁵⁶ *Griffiths*, Representative Government 492, 496–500.

⁵⁷ Verbal communication.

⁵⁸ *Loci communes*, zit. *D'Addio*, Contratto Sociale 407.

⁵⁹ *Skinner*, Foundations Bd. 2, 336.

(1578) zugrunde zu liegen: „Inter regem et subditos contractum mutuo obligatorium esse, nemo negare possit: nempe ut bene imperanti bene obediat. ... Cur vero conditio contractui apponitur, nisi eo tantum, ut ni ea impleatur, contractus ipso iure solutus sit? ... Itaque inter regem et populum mutua obligatio est, quae sive civilis, sive naturalis tantum sit, sive tacita, sive verbis concepta, nullo pacto tolli, nullo iure violari, nulla vi rescindi potest.“⁶⁰

In ähnlicher Weise scheint Buchanans „De iure regni apud Scotos“ (1579) in der Lehre wie im Stil von Salomonios „De Principatu“ beeinflusst zu sein⁶¹.

Hinzu kommt dann noch Skinners wichtige Beschreibung der Verbindung zwischen dem Gedankengut der Hugenotten und mittelalterlicher Theologie, Jurisprudenz und Ekklesiologie, einschließlich deren Entwicklung durch die spanischen Neo-Scholastiker. Skinner argumentiert überzeugend, daß „there are virtually no elements in („the Calvinist theory of revolution“) which are specifically Calvinist at all“. Er führt weiter aus, daß es hierfür gute Gründe gäbe: „the Huguenots and their propagandists after the massacres of 1572 ... not only needed to stage a revolution, but also to legitimate it to their own followers and as far as possible to the Catholic majority.“⁶² Andererseits glaube ich nicht, daß Skinner behauptet, geschweige denn beweist, daß diese der *Ursprung* des Glaubens oder der Propaganda der Hugenotten war, in dem Sinne, daß die Hugenotten sozusagen nur kopiert und abgeschrieben hätten. Vielmehr stimmten diese frühen Ideen mit dem überein, woran sie selbst schon lange glaubten; obwohl dies den Hugenotten eventuell die Möglichkeit gegeben hat, ihre Gedanken in besonderer Weise auszudrücken. Der nicht-calvinistische Ursprung solcher politischer Ideen wird ferner in einem frühen englischen puritanischen Text aus dem Jahre 1616 nahegelegt, der eine Analogie zwischen der bürgerlichen Gesellschaft und der christlichen Gemeinschaft sieht: „By a free mutuall consent of believers joyning and covenanting to live as members of a holy society together in all religious and vertuous duties as Christ and his apostels ... By such free mutuall consent also all civill perfect corporations did first beginne.“⁶³

Wenden wir uns jetzt der Richtung der vertraglichen Ausdrucksweise zu, die im Zusammenhang mit der kommerziellen Partnerschaft (*societas*) entwickelt wurde. Diese stimmte mit der späteren puritanischen Idee überein, daß die christliche Gemeinschaft, und durch Analogie alle legitimen politischen Gesellschaften, grundlegend freiwillige Zusammenschlüsse sind, deren Regeln und Regierungen ihre Legitimität aus der Zustimmung der Regierten ziehen, die die Form eines ursprünglichen „Paktes“ annahm. Es wurde allgemein gesagt, daß dieser die Form eines formellen „Abkommens“ zwischen Gott und den Menschen und dann zwischen dem Herrscher und den Menschen annahm (z. B. das berühmte Mayflower Abkommen von 1625).

⁶⁰ Zit. *D'Addio*, *Contratto Sociale* 426; vgl. auch Harro Höpfl und Martyn Thompson, *The History of Contract as a Motif in Political Thought*, in: *AHR* 84 (1979) 919–44 at 931.

⁶¹ Vgl. bes. chapter 86: zit. *D'Addio*, *Contratto Sociale* 437.

⁶² *Skinner*, *Foundations* Bd. 2, 321–2; *D'Addio* also argued that social contract theory owed more to the Spanish scholastics, and to Salomonio, than to Protestant thinkers (*Contratto Sociale*, 545–7).

⁶³ Henry Jacob, zit. *Höpfl* und *Thompson*, *Motif* 938.

Dem ersten Anschein nach gibt es klare Übereinstimmungen zwischen der puritanischen Gemeinschaft und der Situation, die durch Theologen und Juristen für eine Wirtschafts-*societas* niedergelegt wurde, besonders, wenn viele Puritaner im politischen Bereich weiterhin daran glaubten und so auch argumentierten, daß das Nichteinhalten der Übereinkunft durch den Fürsten zu einem Entzug des Gehorsams, zur Absetzung des Herrschers und zur Zerschlagung der Gesellschaft führen mußte.

Zeitweilig dachte man, daß diese Ideologie das Resultat eines spezifischen Einflusses des Calvinismus wäre, d. h. wenn nicht von Calvin selbst, dann von Beza und anderen stammen würde, basierend auf deren Verständnis des Alten und Neuen Testaments. Diese Ansicht ist schwer aufrechtzuerhalten, da das, was von den Puritanern gesagt wurde, sich sowohl von dem unterscheidet, was im Alten und Neuen Testament zu lesen ist, wie auch von Calvins eigenen Gedanken. Die von der für die Wirtschafts-*societas* ins Auge gefaßte Ordnung als Einfluß auf ihr religiöses und politisches Gedankengut zu sehen, hat den Vorteil einer knappen Erklärung.

Es scheint doch der Fall zu sein, daß die Wirtschafts-*societas* ein beherrschendes Vorbild für diese Vorstellung der sozialen Organisation und politischen Legitimität darstellte. Salamonios „De Principatu“, das als einziges die Handels-*societas* als politisches Vorbild gebrauchte, wurde 1578 in Paris gedruckt und 1581 in Köln (in diesem Zusammenhang als große Universität von Bedeutung). Aus dieser letzten Auflage zog wahrscheinlich Aggaeus von Albada, der Hauptvertreter der Holländer bei den Kölner Friedensverhandlungen 1579, seine Inspirationen für die Verwendung von Salamonio in seiner Kommentierung des selbigen Friedensaccords von 1581⁶⁴. Ich bin mir nicht sicher, ob er das spezifische Argument der Handelspartnerschaft benutzt hat; soweit mir bewußt ist, kommt dieses Modell weder in Mornays „Vindiciae“ (1578) noch in Buchanans „De iure regni apud Scotos“ (1579) vor. Es kommt jedoch in den Werken des Peter Cornelius vor, eines holländischen Autors, der im England der 1650er Jahre aktiv war⁶⁵. Es ist durchaus nicht unmöglich, daß es einen gewissen indirekten Einfluß auf das Denken des John Locke selbst hatte, der natürlich das Phänomen der Handelsfirmen und Handelspartnerschaften aus erster Hand kannte: Die Verbindung, falls eine besteht, ist die Lehre Lockes, daß die politische Gesellschaft durch gegenseitiges Übereinkommen geschaffen wurde und zwar für ganz spezifische Zwecke, die normalerweise als „the preservation of property“ (die Bewahrung des Eigentums) beschrieben werden.

Es ist mit Sicherheit schwierig, die rivalisierenden potentiellen Einflüsse von *Christianity and commerce*, um die Worte Livingstons zu gebrauchen, zu entwirren. Das Vorbild von Jesus und seinen Jüngern wie auch das der frühen Kirche bestand sicherlich in mancherlei Hinsicht aus einem freiwilligen Zusammenschluß – jedoch ohne die vertraglichen Komponenten – und konnte in der Realität nicht so einfach verlassen werden! Warum gedieh das Christentum für so lange Zeit ohne diese Vorstellung, und warum hat es sie gerade zu der Zeit angenommen, als die wirtschaftliche Kultur

⁶⁴ D'Addio, *Contratto Sociale* 16–17: van Gelderen, Machiavellian moment 220.

⁶⁵ G. P. Gooch, *English Democratic Ideas in the seventeenth century* (Cambridge 1967) 177–8; nicht einsehen konnte ich *Martyn Thompson*, *Ideas of Contract in English Political Thought in the age of Locke* (London 1987).

blühte, die sich während des Mittelalters mehr und mehr beschleunigt hatte und jetzt ihren Mittelpunkt vom Mittelmeer an den Atlantik verlegte – ganz genau demselben geographischen Pfad folgend, den auch die Vertragsidee selber zurückgelegt hatte? Es gibt noch eine weitere Parallele zwischen der Handels-*societas* und der späteren Vertragstheorie, nämlich an dem Punkt, wo Rousseau sagte, „La condition est égale pour tous“ (Du contrat sociale, I.6), und damit genau das vorbringt, was Antonio und Salamonio schon vor ihm festgestellt hatten. Die Ansicht, die ich hier darstelle, unterstützt ganz klar jene, die eine mögliche Verbindung zwischen der Entwicklung des Liberalismus und des Kapitalismus im England des 17. Jahrhunderts z.B. in „the political theory of possessive individualism“ (der politischen Theorie des besitzgierigen Individuums)⁶⁶ sehen, obwohl hier ein vollkommen anderes gemeinsames Interesse der verschiedenen Lehren vorgeschlagen wird (kein so offen „selbstsüchtiges“ Interesse!). Anstatt hier der Ansicht Glauben zu schenken, daß die wirtschaftliche Entwicklung in jeder Hinsicht die übrige soziale Entwicklung bestimmt, würde ich, aus historischen Gründen wie auch aus gesundem Menschenverstand, vorschlagen, daß beide Faktoren – die handels-*societas* und christliches Gedankengut – zusammen gewirkt haben. Beide trugen zu dem bei, was Höpfl und Thompson als „*language*“ und „*vocabulary*“ des Vertrages bezeichnen⁶⁷.

⁶⁶ Vgl. C. B. Macphersons berühmtes Buch mit diesem Titel (Oxford 1962).

⁶⁷ Motif 927.